



Bewegungsmelder angesprungen: Kirchentür etwas weiter auf!

Wenn sich Leute in Friedensgruppen treffen, sind sie meistens unter sich, im Kreis alt gewordener Friedensaktivisten. Die sind überwiegend enttäuscht, sowohl von der Kirche als auch von der Gesellschaft. Denn beide, die Kirche und die Gesellschaft, verweigern sich dem Widerstand gegen die in den letzten Jahrzehnten erfolgte und weiter rasant voranschreitende Remilitarisierung.

„Keine Empörung, nirgends“ ist einem Artikel des Journalisten Gerhard Rein im PublikForum 5/2013 überschrieben. Dort wird genau diese Problematik dargestellt. Der Autor benennt mit Gauck, Merkel und de Maizière die maßgeblichen Exponenten dieser Entwicklung: „Ausgerechnet der Bundespräsident, die Kanzlerin und der Verteidigungsminister, von Amts wegen auf eine Friedenspolitik verpflichtet, befördern eine schleichende Militarisierung unseres Denkens. Alle drei sind vom evangelischen Milieu unserer Gesellschaft nicht zu trennen. ... Wegen ihrer militanten Sichten werden sie von Verantwortlichen ihrer Kirche weder infrage noch zur Rede gestellt.“

Unbedingt zu erwähnen sind als Akteure dieser bösen Entwicklung auch die Institution der Militärseelsorge sowie Militärs (z.B. Reserveoffiziere) in kirchenleitenden Funktionen wie z.B. Kreis- und Landessynoden, weil sie das alte Bündnis von Thron und Altar auffrischen und ihm in der Kirche zu neuem Ansehen verhelfen. Somit ist nicht nur die Kirche im Militär, sondern auch das Militär in der Kirche wie selbstverständlich und unwidersprochen präsent.

Der Studientag in der *Evang. Bildungsstätte Hofgeismar* (22. u. 23. Jan. 2013) war kein Zusammentreffen in einem internen Zirkel, wo nichts anderes als gegenseitige Bestätigung beabsichtigt und zu erwarten war. Außer uns, 17 Friedenssteuerleuten, bestanden die TeilnehmerInnen aus ca. 16 VertreterInnen von Landessynoden, 8 TeilnehmerInnen mit einer Aufgabe (Veranstalter und Referenten, s.S.10 ff), und fünf weiteren ZuhörerInnen.

Gerade kritische Fragen, die hier gestellt wurden, stellen für das Netzwerk eine wichtige Gesprächsebene dar. Insofern bot der Studientag Gelegenheit, zumindest ein kleines Stück weit die Aufgabenstellung umzusetzen, die Wolfgang Geffe in seinem Statement zur Begrüßung formuliert hatte: „Wir müssen unsere Position in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen!“



Um aus der festgefahrenen Gedenkroutine herauszukommen, strickte das Luisen Kombi Naht diesen schicken Pulli für einen Leopard-Panzer vor dem militärhistorischen Museum in Dresden.

Foto: David Brandt

Die inhaltlichen Höhepunkte im Verlauf des Studientages waren für mich:

1. das Referat von Prof. Dr. Hochhuth 'Verfassungsrechtliche Einschätzung des Vorschlages zu einer Zivilsteuer'
2. die Arbeitsgruppe 'Kirche als Lobby für Steuerverweigerung?' mit Pfarrer Patrick Roger Schnabel
3. das Statement des Friedensbeauftragten der EKD Pastor Renke Brahm in der abschließenden Podiumsdiskussion.

lesen Sie weiter auf Seite 9

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

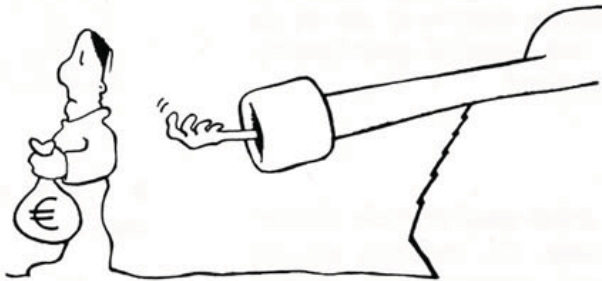
„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fach-juristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor - für Öffentliches Recht an der Freien Universität Freiburg - bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100% in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei den Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO CPTI / *Conscience and Peace Tax International* hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung

Impressum

Die *Friedenssteuer Nachrichten (FN)* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann

Verantwortliche Redakteurin: Gertie Brammer

Die *FN* erscheinen zweimal im Jahr. Auflage: 500

Redaktionsschluss der nächsten *FN*: **am 10. November 2013**

Kontaktadressenliste auf Seite 20

Termine:

Drei Tage, mit denen sich Ihre Erklärung oder Antrag an das Finanzamt gut verknüpfen lässt (S. 5-8):

- 15. April 2013: Internationaler Aktionstag gegen Militärausgaben
- 15. Mai 2013: Internationaler Tag der Kriegsdienst- und Militärsteuerverweigerung
- 01. Sep. 2013: Antikriegstag / Weltfriedenstag

Weitere Friedenssteuer-Termine:

- 01.-05. Mai 2013: Ev. Kirchentag in Hamburg. Stand B25 in Halle 3, Marktbereich 6
- 13.-15. Sep. 2013: Arbeitstreffen in Köln

<u>Inhaltsübersicht:</u>	<u>Seite</u>
Impressum / Termine	2
Spinner	3
Aus der Bewegung	4
Finanzamtskampagne	5-8
Studientag Hofgeismar I	9
Studientag Hofgeismar II	10-12
Noch mehr Kirche?	13
14. Internationale Konferenz	14-16
Klimasünder Militär	17
Netzwerk Jahresversammlung	18
Adressen	20



Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Krennerweg 12, 81479 München
Tel: 089 / 725 94 16

info@friedenssteuer.de
www.friedenssteuer.de

Spenden: Kto.Nr. 70 016 016 00
BLZ 430 609 67,
GLS Gemeinschaftsbank eG

Die *Friedenssteuer Nachrichten* erscheinen 2x im Jahr und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Da Friedensarbeit auch Kosten, wie z.B. Druck und Versand dieser *Friedenssteuer Nachrichten*, verursacht, freuen wir uns ebenso über eine Spende wie über Ihr Interesse an unserer Arbeit. Für uns ist es wichtig, dass wir viele werden!

Bist du ein Spinner?

Gelernter Ossi seit 1953, Abitur, Studium, Hochzeit, drei Kinder, Hobbies Gitarre spielen und Segeln – normal eigentlich. Naja, kein Jungpionier, keine sozialistische Jugendweihe, sondern Konfirmation, aus der FDJ rausgeekelt, aufgewachsen am Berliner Stadtrand „mit dem Arsch im Osten, mit dem Kopf im Westen“ wie Regine Hildebrandt treffend beschrieb: Friedrich Heilmann, Spinner in Ost und West, 10 Jahre in unserem Vorstand auf dem Buckel.



Bei der Musterung 1971, gerade 18 Jahre alt, fragte mich der wortführende Musterungsoffizier im Wehrkreiskommando Potsdam – wohlwissend, dass meine Ausmusterungsurkunde vor ihm auf dem Tisch lag – ob ich freiwillig 3 Jahre zur Volksarmee gehen würde. Jugendlich frech sagte ich, dass ich das auch im Musterungsfall nicht machen, sondern zu den Bausoldaten gehen würde. Ich dachte, der Mann kommt mir über den Tisch: Woher ich denn wüsste, dass es so was überhaupt gibt?

Fertig studiert als Diplom-Physiker arbeitete ich mit 22 Jahren bei Carl-Zeiss Jena. Alle „Fußlahmen“ sollten in die Kampfgruppen, der paramilitärischen Betriebseinheit, gehen. Ich sagte nein – meine „Karriere“ endete bei Zeiss nach 2½ Jahren und ich wurde Hausmann. Die gesetzliche Arbeitspflicht war in der DDR 1976 abgeschafft worden, was mir diesen Schritt formal überhaupt ermöglichte. Sonst hätte ich als „asozial“ gegolten. Ich blieb 12 Jahre Hausmann, war für unsere drei Kinder da und hatte im Kinderstress mal gehörige Verspannungen im Rücken. Der Arzt sagte zu mir: „Gehen sie richtig arbeiten, dann haben sie auch keine Rückenprobleme.“ Danke auch, sehr fürsorglich.

Bonner Hofgartenwiese 1982, meine Nase war am Fernseher platt gedrückt. Die Lieder der „Künstler für den Frieden“ begleiten mich bis heute. Beiderseits der innerdeutschen Grenze liefen wir 1987 gegen die Atombewaffnung im Olof-Palme-Friedensmarsch. Mein erstes selbst gestaltetes Demo-Poster zeigte eine große Atombombe mit kleinen Menschen, die sie wegdrücken. Als ich mit dem Presspappenschild nach Hause ging, hielten mich Zivilpolizisten an und forderten, dass Bild, 100x70 cm, zu verdecken. Ja, aber womit denn? Ich bot ihnen an, das Teil umgedreht zum Bahnhof und nach Hause zu tragen – sie willigten ein. Komische Logik.

Maueröffnung, Vorstand Grüne Partei in der DDR, dann Bundesvorstand der Grünen, gewaltfrei gegen den Golfkrieg: **KEIN BLUT FÜR ÖL**. In der Postmappe des Bundesvorstandes las ich zum ersten Mal die Idee der Friedenssteuer. Will sagen, dass es sich lohnt(e), an Parteien Post zu schicken. Ich fand die Idee gut, wollte aber zuerst die grüne Welt retten. Den linken Flügel bei den Grünen habe ich mit organisiert - gegen die Realos, die unter Joschka Fischer seit 1994 systematisch die Regierungsfähigkeit, sprich Militarisierung, der Partei vorantrieben. Bis 1999 widerstanden wir, hielten die Gewaltfreiheit im Programm. Dann flog der Farbbeutel an Fischers Ohr und die Stimmung im Saal kippte zur knappen Mehrheit pro Kosovo-Krieg. Der linke Flügel brach auseinander, ich trat übers Jahr als Landesvorsitzender Brandenburg zurück und im Jahr 2000 aus den Grünen aus und schrieb: *„Bekennen in der Friedensfrage“ ist nicht irgendeine kurzfristige politische Haltung, kein Tagesgeschäft, in dem Leistung und Gegenleistung miteinander verrechnet wird. Beim „Bekennen in der Friedensfrage“ geht es um die Kultur des Lebens gegen die Kultur des Todes, geht es um die Grundrichtung menschlichen Handelns.*

„Unser ganzes Handeln ist Bekenntnis“ schrieb Martin Luther. Wie wir das Leben schützen und erhalten, wie wir Frieden bewahren und fördern, wie wir Feinden vergeben und das Böse ertragen, dies sind Bekenntnisfragen, die jede/r für sich beantworten muss. Die Frage, ob Krieg und kriegerische Gewalt ein Mittel zur Konfliktlösung und ein Mittel der Politik sein kann, beantworte ich als Christ mit einem klaren NEIN.

Seit 2001 bin ich beim Netzwerk Friedenssteuer. Hier wird militärische Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung konsequent abgelehnt. Ich will mich persönlich und politisch einmischen, ohne inhaltlich weichgespült agieren zu müssen. Der militärindustrielle Komplex macht es nicht leicht, an die Finanzquelle(n) der Gewalt zu kommen – an dem dicken Brett bohre ich gern weiter mit.

Friedrich Heilmann, Erkner b. Berlin

Eins der vielen Projekte dieses Spinners heißt Internetauftritt www.friedenssteuer.de. Den hat er in den letzten Monaten aktualisiert und ansprechender gestaltet. Dazu kommt der Friedenssteuer-Blog. Redaktion

Radikaler, lauter, mutiger und kompromissloser Appell an die Strategiekonferenz, die Ostermärsche und unsere Finanzamtskampagne

Strategiekonferenz Februar 2013 der Kooperation für den Frieden

Bei der Strategiekonferenz in Stuttgart forderte der Journalist und Buchautor Andreas Zumach uns, die wir dort unsere Friedensgruppen vertraten, auf, unsere Forderungen radikaler, lauter, mutiger und kompromissloser zu artikulieren. Er nannte: Stopp der Rüstungsexporte, Ende der Waffenherstellung, Namensnennung der Verantwortlichen. Wir sollen uns ein Beispiel nehmen an Hermann Theisen, s. Kasten (aber dann mit so vielen Teilnehmern vor Ort, dass es für Rüstungskonzerne, Polizei und Gerichte richtig lästig und für die Medien interessant wird - Red.).



Flugblätter mit einem Aufruf zur Sabotage an die Belegschaft von Rüstungskonzernen zu verteilen ist strafbar. Zu diesem Schluss kam am 14.02.13 das Amtsgericht München gegen den Heidelberger Friedensaktivist Hermann Theisen. Dieser hatte im Juni 2012 vor den Werkstoren von Krauss-Maffei-Wegmann (München) und Rheinmetall (Düsseldorf) gegen mögliche Panzerlieferungen an Saudi Arabien protestiert. Nun wurde er wegen 'öffentlicher Aufforderung zu Straftaten' zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen á 40 € verurteilt. Theisen will in Berufung gehen.

taz, 15.02.13.

Uli Wohland von der *Werkstatt für gewaltfreie Aktion (Baden)* leitete einen Workshop zu Strategien und Kampagnen. Um erfolgreiche Kampagnen zu führen wurde eine Reihe von Kriterien besprochen. Das Ergebnis werden wir auch in unsere Netzwerksarbeit einfließen lassen.

Ansonsten gab es zu den üblichen Einzelthemen (Israel-Palästina, Atomwaffen, Bundeswehr etc.) gute Workshops, die aber für unsere Friedenssteuer-Arbeit keine Konsequenzen hatten. Die allgemeine Stimmung war zunehmend empört.

Ostermärsche 2013

Besonders **laut** werden sollen die Ostermärsche. Themen gibt es leider genug. Aus unserem Netzwerk nehmen einige Menschen teil, in München, andere in der Altmark (Offene Heide, wegen des Gefechtsübungszentrums (GÜZ) 'Schnöggersburg' – wir berichteten in den FN 48).



Finanzamtskampagne zum 15. April 2013

2013 ist das dritte und letzte Jahr unserer Kampagne

Hallo Finanzamt – Steuern Gegen Gewalt.

Natürlich kann jede/r in allen folgenden Jahren weitermachen oder neu einsteigen, aber eine Kampagne muss ein Ende haben und ausgewertet werden – damit wir von ihr lernen und künftig besser werden. Seien Sie herzlich eingeladen, an der dritten Runde mitzumachen oder auf Ihre Aktivitäten der beiden vorigen Jahre aufzubauen! **Auf den folgenden vier Seiten finden Sie alles, was Sie zur Teilnahme brauchen.** Die Texte der beiden Musterbriefe weichen etwas von denen aus 2011 und 2012 ab – ein Lernergebnis aus den eingegangenen Finanzamts-Antworten der ersten zwei Runden.

Ich weise daraufhin, dass Teilnahme *keinen* Sinn hat, wenn Sie als A (ArbeitnehmerIn) so wenig verdienen, dass Sie keine Lohnsteuer zahlen, oder als N (z.B. RentnerIn oder StudentIn) so geringes Einkommen haben, dass Sie keine Einkommensteuer zahlen. Leider können wir die Mehrwertsteuer nicht verweigern – sonst könnten *alle* teilnehmen! Wenn es für Sie bis zum 15. April nicht reicht, können Sie zu jedem anderen Zeitpunkt mitmachen. Zudem gäbe es noch zwei andere Daten, an die Sie ihren Protest anknüpfen können: s. Seite 2 unten. Zum Schluss noch ein Tipp für einen **mutigeren** Auftritt: Geben Sie Ihre Erklärung persönlich beim Finanzamt ab und suchen Sie das Gespräch mit dem Dienstleiter. Sie werden nicht enttäuscht werden: Da ist Interesse und Respekt da!

Gertie Brammer

Anleitung zur Kampagne 2013

„HALLO FINANZAMT – STEUERN GEGEN GEWALT“

Auch für Steuerzahlende gilt: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“ Dieser Grundgesetzartikel Art. 4 (1) braucht nicht erbetelt zu werden, sondern ist seit 1949 in Kraft. Dennoch verwenden Finanzämter detaillierte Ausführungsbestimmungen zur Abgabenordnung (AO), die im Widerspruch zu diesem Grundgesetzartikel stehen. Das zeigt sich, wenn Steuerzahlende ihren Gewissenskonflikt bei der Erhebung von Steuern vorbringen, die ja für militärische Zwecke mit verwendet werden.

Die Kampagne **HALLO FINANZAMT – STEUERN GEGEN GEWALT** zielt darauf ab, dass dieser Widerspruch bei möglichst vielen Finanzämtern offenbar und so eine gesetzliche Regelung z.B. durch ein **Zivilsteuergesetz** befördert wird. Ein Entwurf dafür wurde vom **Netzwerk Friedenssteuer** erarbeitet und durch externe juristische Fachleute auf Verfassungskonformität und praktische Durchführbarkeit erfolgreich geprüft. Das Netzwerk setzt sich für die Verabschiedung eines solchen Gesetzes durch den Deutschen Bundestag ein. Durch ein Zivilsteuergesetz nach diesem Entwurf würde ein Sondervermögen namens „Bundesmilitärfonds“ geschaffen werden, der sich nicht mehr aus indirekten Steuern finanziert, sondern nur aus den direkten Steuern derer, die keine Gewissensprobleme mit der militärischen Verwendung ihrer Steuern haben. Durch eine Mitteilung an die zuständigen Finanzämter kämen alle anderen BürgerInnen, die mit der militärischen Verwendung ihrer Steuern Gewissensprobleme haben, in den Genuss einer garantiert zivilen Verwendung ihrer direkten und indirekten Steuern.



www.netzwerk-friedenssteuer.de



1. Die Erklärung oder der Antrag an Ihr Finanzamt

Zu einem beliebigen Zeitpunkt, vorzugsweise aber zum **15. April 2013**, reichen Sie ihre Erklärung (Arbeitnehmer) oder Ihren Antrag (Nichtarbeitnehmer) beim Finanzamt ein. Der 15. April ist der diesjährige **weltweite Aktionstag gegen Militärausgaben** - bei 3,3 Milliarden € globalen Ausgaben pro Tag für militärische Gewaltpotenziale ist dieser Tag bitter nötig.

Sie können Ihre Erklärung oder Ihren Antrag per Musterformular einreichen. Als **ArbeitnehmerIn** bitte die **Erklärung des Vorbehalts** (Musterformulare „A/2013“) verwenden. Diese Erklärung verpflichtet das Finanzamt zu antworten und zu dieser Erklärung Stellung zu nehmen. Als **NichtarbeitnehmerIn** (SelbständigeR, RentnerIn, StudentIn) bitte den **Antrag zur Stundung der Steuerbeträge** (Musterformular „N/2013“) verwenden. Die Musterformulare sind mit „A / 2013“ (Arbeitnehmer) bzw. „N / 2013“ (Nichtarbeitnehmer) unten rechts gekennzeichnet und können im Internet bei www.netzwerk-friedenssteuer.de ausgedruckt werden. Sie wurden neu überarbeitet und können von allen eingereicht werden, auch von jenen, die bereits früher an der Kampagne teilgenommen haben. Am überzeugendsten ist natürlich ein persönlicher Schriftsatz. Übersehen Sie aber dabei nicht die Bestandteile aus den Musterformularen. Sie bilden die Rechtsgrundlagen, die es dem Finanzamt ermöglichen, Ihrer Erklärung oder Ihrem Antrag stattzugeben.

2. Schritte nach Ablehnung durch Ihr Finanzamt

Der Versuch Ihre Vorbehaltserklärung nicht anzuerkennen (Arbeitnehmer) oder Ihren Antrag abzulehnen (Nichtarbeitnehmer) ist ein Verwaltungsakt, gegen den Sie **Einspruch** einlegen können. Gab es in der Ablehnung eine Rechtshilfebelehrung, muss Ihr Einspruch innerhalb einer Monatsfrist eingetroffen sein, sonst innerhalb eines Jahres. Der Einspruch ist schriftlich mit Angabe des Aktenzeichens einzureichen; z.B. mit einem Kernsatz wie: „Durch die Nichtanerkennung meines Vorbehaltes / Ablehnung des Antrages vom ..., AZ ..., bin ich weiterhin in meinem Gewissen beschwert. Deshalb lege ich unter Verweis auf Art. 4 (1) GG in Verbindung mit Art. 1 (3) GG gegen diese Nichtanerkennung / Ablehnung Einspruch ein“. Nach Art. 1 (3) GG haben die Finanzämter als vollziehende Gewalt die Pflicht, das Grundrecht nach Art. 4 (1) zu beachten. Falls das Finanzamt nicht einverstanden ist, schickt es innerhalb von 6 Monaten einen **Einspruchsbescheid**, gegen den man Klage einreichen kann. Eine persönliche Kontaktaufnahme mit dem Finanzamt nach Ihrem Einspruch empfiehlt sich.

3. Zur Auswertung helfen

Zur Optimierung und Auswertung dieser Kampagne bitten wir Sie, uns eine Kopie Ihrer Erklärung oder Ihres Antrages oder eine entsprechende Information zu übermitteln. Dasselbe gilt für die weiteren Schritte (Antwort Finanzamt, Ihr Einspruch, die Einspruchsentscheidung und ggf. Klageerhebung). Persönliche Daten werden anonymisiert und nicht weitergegeben.

Informationen an
Frau Lina Hoffmann
Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Olivenweg 36, 90441 Nürnberg
Tel.: 0911 / 66 29 93
E-Mail: lina-helmut.hoffmann@t-online.de

4. Welche Konsequenzen sind zu erwarten?

Straf- oder zivilrechtliche Folgen gibt es keine. Außer Ihren eigenen Aufwendungen (ggf. Steuerberatung) fallen auch keine Kosten für die Antragstellung oder die Einsprüche an.

5. Weitere Schritte mit Öffentlichkeitswirkung

Besondere Wirkungen in der Öffentlichkeit können Pfändungen haben, die aus Gewissensgründen heraus entstehen oder noch mehr, wenn Sie Klage vor dem **Finanzgericht** erheben und auf einer öffentlichen Verhandlung bestehen. Sie können Klage erheben, wenn Sie einen negativen Einspruchsentscheid von Ihrem Finanzamt erhalten haben. Mit der Klageerhebung fallen erstmals Gerichtskosten an. Eine Anwaltshilfe ist nicht vorgeschrieben aber möglich, um Ihre Klage zu erheben und/oder Sie beim Finanzgericht zu vertreten (zusätzliche Kosten je nach Honorarvereinbarung). Ihre Klage enthält Ihre Erklärung oder Ihren Antrag, ggf. deren Ablehnung durch das Finanzamt und Ihre Begründung (Gewissensgründe, Rechtslage).

Gerichtskosten beim Finanzgericht:
www.finanzgericht.org/Kosten-Finanzgericht.htm

Fragen Sie zu den Gerichtskosten vorher nach bei Ihrem Finanzgericht und zu den anderen Themen beim **Netzwerk Friedenssteuer** (Frau Hoffmann, s.o.)! Beispiele für Klageerhebungen und jahrelange Erfahrungen damit liegen vor. Eine Rechtsberatung ist damit nicht verbunden.

6. Was sollte man noch wissen?

JedeR entscheidet frei, wie weit er / sie den Empfehlungen der Kampagne folgen möchte.

Das von der Kampagne bewusst vertretene Prinzip der Gewaltfreiheit gilt auch gegenüber den MitarbeiterInnen der Behörden, die sich an Vorschriften gebunden fühlen und keine Entscheidung im Sinne des Grundgesetzes wagen. Diese sind nicht Gegner unserer Anliegen, obwohl deren Entscheidungen uns vielfach nicht gefallen. Die Kampagne bezieht alle drei Staatsgewalten ein und knüpft an bei der Exekutive namens Finanzämter. Diese sollen den TeilnehmerInnen an der Kampagne möglichst schnell zu einem so genannten **Bescheid** oder **Einspruchsentscheid** verhelfen, damit der Weg zur Judikative, den Gerichten, frei wird. Öffentliche Verhandlungen an Gerichten haben schon oft über die Medien Bewusstsein geweckt für das Unrecht der Zwangsfinanzierung von Rüstung und Krieg mit den eigenen Steuern. Unabhängig davon versucht das **Netzwerk Friedenssteuer** die Legislative für ein Zivilsteuergesetz zu gewinnen. Entsprechende Kontakte zu Abgeordneten existieren, bedürfen aber noch kräftiger Unterstützung durch die Wählerschaft!

Alle Schritte sind wichtig und haben die Sache mit der Militärsteuer stückweise vorangebracht. So haben beharrliche Menschen erreicht, dass Finanzgerichte durch Steuerzahlung entstehende Gewissensprobleme als solche anerkannt haben. Weitere Schritte auf diesem Weg sind, dass gemäß Musterbriefen die Steuerzahlungen all jener, die eine Finanzierung von Rüstung und Krieg ablehnen, als unter Vorbehalt gelten und, dass erreicht wird, dass bei der Stundung (§222) und beim Erlass (§227) in der Abgabenordnung die Begriffe der „erheblichen Härte“ und der „Unbilligkeit“ endlich auch bei Gewissensverletzungen verwendet werden - und nicht nur bei finanziellen Problemen.

**Wir vom Netzwerk Friedenssteuer bitten Sie, an dieser Kampagne teilzunehmen
- es geht ja darum, die militärische Gewalt, die wir alle durch unsere direkten
und indirekten Steuern finanzieren, grundsätzlich infrage zu stellen.**

.....
.....
.....

Finanzamt

.....
.....

..... den

Steuer Nr. / Ident Nr.

Erklärung des Vorbehalts meiner Steuerzahlungen

Sehr geehrte Damen und Herren,
meine Steuerzahlungen schaffen mir erhebliche Gewissensnöte. Sie werden gemäß Bundeshaushaltsplan auch für militärische Zwecke verwendet. Auf diese Weise finanziere ich mit meinen Steuern Rüstung, Militär und Krieg mit.
Rüstung und Militär sind tötungsrelevant und saugen die Völker aus. Rüstung tötet bekanntlich auch ohne Krieg. Darüber hinaus befähigt und verleitet sie uns, Kriege zu führen und dabei Menschen zu töten, zu verletzen oder ihre Lebensgrundlagen zu zerstören.

Bei Militärsteuerklagen oder entsprechenden Anträgen bestätigen deutsche Gerichte und mittelbar auch Finanzämter, dass es hier um ein ernsthaftes Anliegen geht (siehe z.B. Art.4 (3) GG) und Gewissensnöte auftreten können (Finanzgerichte Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf), das Bundesverfassungsgericht und indirekt z.B. Finanzamt Rosenheim).¹

So ist es auch bei mir. Mit meinen Steuerzahlungen finanziere ich Rüstung, Militär und Krieg mit, was ich nicht verantworten kann. Sie versagen mir, entgegen dem Grundrecht Art. 4 (1) GG, nach meinem Gewissen zu leben, wodurch ich mich auch in meiner Würde verletzt sehe.

Deshalb erkläre ich meine künftigen Steuerzahlungen als unter Vorbehalt geleistet, bis eine gesetzliche Regelung in Kraft ist, die mir verbürgt, dass meine Steuerzahlungen ausschließlich für zivile Zwecke verwendet werden.

Ich appelliere an Ihr Verständnis und bitte um Bestätigung des Eingangs meiner Erklärung.

Mit freundlichen Grüßen

.....

¹ Aktenzeichen: III K326/85, 14K 823/85 AO, 14K 822/85 AO, 2K 1576/89 und 2 BvR 478/92 und Finanzamt Rosenheim in einem Ablehnungsbescheid an einen Antragsteller vom 19.5.2011.

.....
.....
.....

Finanzamt

.....
.....

..... den

Steuer Nr. / Ident Nr.

Antrag auf Stundung meiner Steuerbeträge aus Gewissensgründen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zahlung meiner Steuern schafft mir erhebliche Gewissensnöte. Sie werden gemäß Bundeshaushaltsplan auch für militärische Zwecke verwendet. Auf diese Weise finanziere ich mit meinen Steuern Rüstung, Militär und Krieg mit.

Rüstung und Militär sind tötungsrelevant und saugen die Völker aus. Rüstung tötet bekanntlich auch ohne Krieg. Darüber hinaus befähigt sie uns, Kriege zu führen und verwickelt uns in diese.

Bei Militärsteuerklagen oder entsprechenden Anträgen bestätigen deutsche Gerichte und mittelbar auch Finanzämter, dass es hier um ein ernsthaftes Anliegen geht (siehe z.B. Art.4 (3) GG) und Gewissensnöte auftreten können (Finanzgerichte Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf), das Bundesverfassungsgericht und Finanzamt Rosenheim).¹

So ist es auch bei mir. Die Zahlung meiner Steuern zwingt mich, Rüstung, Militär und Krieg mitzufinanzieren. Dies versagt mir, entgegen dem Grundrecht Art. 4 (1) GG, nach meinem Gewissen zu leben und verletzt mich daher in meiner Würde. Die Zahlung ist für mich eine «unbillige» und mehr als «erhebliche Härte».

Deshalb beantrage ich unter Berufung auf das Grundrecht der Gewissensfreiheit nach Art. 4 Abs. 1 GG, meine Steuern gem. § 222 der Abgabenordnung ab heute zinslos zu stunden, bis eine gesetzliche Regelung es mir gestattet, meine Steuern nur für zivile Zwecke zu zahlen, oder das Bundesverfassungsgericht in Sachen Militärsteuer grundsätzlich entschieden hat.² Ich bin bereit, die gestundeten Steuern als Sicherheitsleistung bei Ihnen gemäß AO § 241 (1) 1 zu hinterlegen.

Sollten Sie meinen Antrag ablehnen, erkläre ich hiermit, dass meine Steuern, bis zu den o.g. Fristen, nur als unter Vorbehalt geleistet gelten.

Ich appelliere an Ihr Verständnis und bitte um eine positive Entscheidung.

Mit freundlichen Grüßen

.....

¹ Aktenzeichen: III K326/85, 14K 823/85 AO, 14K 822/85 AO, 2K 1576/89 und 2 BvR 478/92 und Finanzamt Rosenheim in einem Ablehnungsbescheid an einen Antragsteller vom 19.5.2011.

² Nicht durch bloßen Nichtannahmebeschluss einer Verfassungsbeschwerde, wodurch keine Entscheidung des BVerfG erfolgt ist.

Fortsetzung von Seite 1

Zu 1.

Es dauerte gefühlt kaum 5 Minuten, bis Prof. Hochhuth klargestellt hatte: **Unser Entwurf für ein Zivilsteuergesetz ist juristisch zu 100% in Ordnung, und einer Einführung stünde aus seiner Sicht nichts im Wege** (der demokratische Weg der Gesetzgebung steht auf einem andern Blatt). Das war für mich völlig überraschend. Erwartet hatte ich ausgiebige juristische Abwägungen und Bedenken, die wir zwar an unserm Gesetzentwurf nach den bereits vorliegenden Fachgutachten längst nicht mehr sehen, auf die ich aber trotzdem gefasst war. Was für mich also gerade durch die Knappheit von Prof. Hochhuth zu diesem Punkt eindrücklich deutlich wurde: **Unsere Idee ist kein juristisches Problem!!**

Warum ist das so wichtig?

Weil damit allen Argumentationen, die uns jahrelang entgegengehalten wurden: „Was ihr wollt, das geht ja gar nicht!“ das Ende angesagt ist. Auch innerhalb der Kirchen endeten Gespräche in der Vergangenheit zumeist an dieser Stelle (bzw. ich unterstelle: sie wurden von den Gesprächspartnern gezielt an diesen Punkt lanciert!). Während wir uns an die Kirchen wandten mit der Frage nach Solidarität und seelsorgerlichem Beistand für Menschen in einer Gewissensnot, holte die Kirche ihre Juristen herbei, um zu klären, „ob das geht“! Die versuchten, uns juristische Nachhilfestunden und Aufklärung zu geben dahingehend, dass man das, was wir wollen, gar nicht wollen kann. Nunmehr ist für unser Gespräch mit der Kirche wirklich klar - und der Vortrag von Prof. Hochhuth hat es ein weiteres Mal eindrücklich bestätigt - : Es geht im Gespräch mit der Kirche um keine juristische Fachsimpelei über Möglichkeit oder Unmöglichkeit eines Zivilsteuergesetzes. Wir werden über die juristischen Fragen zwar jederzeit gern sprechen, auch und gerade mit Kirchenjuristen. Denn ich gehe davon aus, dass in diesen Kreisen unser Zivilsteuergesetzentwurf noch kaum zur Kenntnis genommen wurde - und es ist natürlich unsere Erwartung an die Kirche, dass sie ihn zur Kenntnis nimmt. Aber das ist nur ein Nebenthema. Das Hauptthema im Dialog mit der Kirche ist unsere Frage bzw. Forderung nach der Haltung der Kirche zu denen, die sich aus Gewissensgründen weigern, Kriegsdienst durch ihre Steuerzahlung zu leisten. Prof. Hochhuth hat **der Kirche sozusagen als Jurist die ju-**



ristische Seite des Problems der Steuerverweigerung abgenommen. Ob sie ihm dafür dankbar ist? Ich jedenfalls bin es.

Zu 2.

Ausgehend von der juristisch klaren Ausgangslage, dass es dem Staat fraglos möglich ist, seine Ausgaben für Militär von zivilen Ausgaben abzukoppeln (siehe unser Gesetzentwurf und die Ausführungen von Prof. Hochhuth), ergibt sich nicht nur ein dringender Handlungsbedarf aus Sicht der Menschen mit Gewissensbedenken, sondern auch eine dringende Handlungspflicht für den Staat. Denn, so Schnabel: Pflicht des Staates ist nicht nur, die Ausübung der Grundrechte zu ermöglichen, sondern auch, sie zu fördern. Aufgabe der Kirche ist, die vom Gewissen geleitete persönliche Entscheidung zu begleiten und als Anfrage an sich selbst zu hören (s. S. 12: AG von der Recke). Daher hält Schnabel **den innerkirchlichen Diskurs für verpflichtend.** Vielleicht, so fragt er, ist jetzt dafür ein besonderer „Kairos“, ein Entscheidungs-Zeitpunkt, um Diskussionen der vergangenen Jahre zielführend voranzubringen?

Wichtige Anfragen und Empfehlungen gingen auch an die Adresse des Netzwerks: Öffentlichkeit suchen! Verständlichkeit verbessern! Konkrete und plausible Aktionen entwickeln!

Wenn das hier Gesagte von beiden Partnern, den Steuerverweigerern und den Kirchen, beherzigt und mit Leben erfüllt wird, kann das einen neuen Aufbruch beim Thema Militärsteuerverweigerung bedeuten.

Zu 3.

Der Friedensbeauftragte der EKD Renke Brahm gab in der abschließenden Podiumsdiskussion ein klares Statement ab. Er setzt sich im Arbeitsausschuss der Friedenskonferenz für **folgende nächste Schritte von Seiten der EKD ein: a) Begleitung der Militärsteuerverweigerung ähnlich der Kriegsdienstverweigerung; b) Beförderung des kirchlichen Diskurses; c) Prüfung des Konzeptes für ein Zivilsteuergesetz.**

Ich bin der Friedenskonferenz der EKD dankbar für diesen Studientag. Für die Weiterarbeit im Netzwerk bedeuten die Referate, Begegnungen und Gespräche auf dieser Tagung eine gute Grundlage, aber auch eine echte Herausforderung.

Martin Rambow

Studientag 22. - 23. Januar 2013

Zahlen für den Krieg? – Gewissensfreiheit contra Steuerpflicht

Ev. Akademie Hofgeismar in Kooperation mit der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD

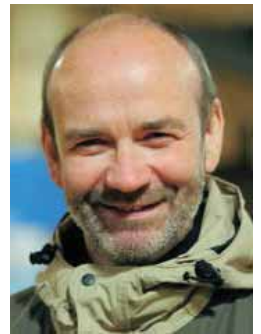


Moderator Dr. Herwig Unnerstall begrüßte die ca. 40 Teilnehmenden: 16 Mitglieder der Konferenz für Friedensarbeit-EKD, 13 Netzwerk-Leute, 4 Organisatoren (2 vom Netzwerk), 8 ReferentInnen (2 vom Netzwerk) und 5 weitere Interessierten.

Einführung durch

Wolfgang Geffe, Beauftragter für Friedensarbeit der Ev. Kirche in Mitteldeutschland mit drei Gedanken:

1. Friedenstheologie ist dran! Er zitierte aus dem Beschluss des ÖRK vom September 2009, der die Kirchen ermutigt, sich mit der Frage von Steuergeldern für militärische Ausgaben oder Krieg sowie mit der Frage nach Alternativen zum Militärdienst auseinanderzusetzen.
2. Wir müssen unsere Position in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen.
3. Beharrlich und geduldig dranbleiben!



Referat: Kriegssteuerungsverweigerung in der Praxis – ein Erfahrungsbericht
Günther Lott, Initiator der Friedenssteuerbewegung in Deutschland berichtete von seinen über 30-jährigen Erfahrungen in Sachen praktischer Kriegssteuerungsverweigerung. Er betrachtete die allmählich produktiver werdenden Gespräche mit den Finanzbehörden, den offeneren Richtern, der beschwerlichen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit – schließlich doch in *Die Zeit* und *Monitor/ARD*, das enorme Interesse von 5.000 Anfragenden beim Golfkrieg II (1991) und fasste seine Motivation zusammen: Gewissensfreiheit lohnt sich!

Referat: Steuerungsverweigerung – ein historischer Rückblick zur Ideengeschichte und zur politischen Praxis
Dr. Gérard Bökenkamp, Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam



stellte seinen Vortrag unter drei Stichworte:

1. Historische Entwicklungen von Kriegssteuer und Staaten
2. Steuerrechte und Steuerproteste
3. Alternative Formen der Kriegsfinanzierung

Anhand von aufschlussreichen Diagrammen stellte er die Kriegsfinanzierung durch Steuern und Abgaben und die Revolten dagegen in etlichen Ländern dar. Um Revolten zu umgehen, wechselte die Finanzierung oft zum Mittel der Kreditaufnahme, z.B. durch Kriegsanleihen und ab dem 19. Jahrhundert oft über den internationalen Anleihenmarkt; denn Kredite schädigen die Menschen nicht sofort. Heute seien Kriege kaum noch steuerfinanziert.

Referat: Bibelarbeit zu Steuern, Moral und Gewissensfreiheit

Marie-Noëlle von der Recke, Generalsekretärin Church and Peace, Schöffengrund



Vor dem Hintergrund des von Römern unterjochten Palästina befasste sie sich mit biblischen Aussagen

1. zur Steuerzahlung und –erhebung (1.Sam. 8,10-17; 2.Kön., 17,4; Lk.2,1 und 23,2)
2. zu uneindeutigen Antworten von Jesus dazu
3. zu dem daraus folgenden Radikalität.

Auf die brisante Frage nach der Zinszahlung an den Kaiser (Mk. 12, 13-17), antwortet Jesus sinngemäß und uneindeutig „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist“. Immer stehe das Leben unter Gottes Macht in seinem angebrochenen Reich. Trotz Unterordnung unter die Besatzungsmacht behält der Gläubige seine Mündigkeit.

Gewalt verachtet das Leben. Jesus setzte den Gewalterfahrungen die Leitlinie (Feindes-) Liebe entgegen mit dem Anspruch, dass Ausnahmesituationen die Liebe nicht außer Kraft setzen. Wenn der Staat das Leben bedrohe, müssen wir NEIN sagen; die höhere Loyalität mache frei. Evangelium-gemäß zu handeln bedeute, sich für ein gutes Leben aller einzusetzen.

Referat: Verfassungsrechtliche Einschätzung des Vorschlages zu einer Zivilsteuer



Prof. Dr. Martin Hochhuth, Öffentliches Recht an der Universität Freiburg

1. Der Vortrag war in drei Teile gegliedert mit anfänglichen Kurzantworten: Legalität einer Zivilsteuer – ja, ohne Verfassungsänderung möglich, falls Mehrheitswillen im Bundestag erreicht wird.

2. Recht auf Steuerverweigerung – zurzeit nicht.

3. Legitimität des Widerstandes oder des bürgerlichen Ungehorsams gegen Militär-Mitfinanzierung durch Steuern – politisch vertretbar, aber nach seinem persönlichen Dafürhalten moralisch falsch.

Es gibt unantastbare Grundrechte (wie Art. 1 und 20 GG) und solche, die der uneingeschränkten Gewissensfreiheit entgegen stehen (Art. 20). In solchen Fällen ist die Verhältnismäßigkeit von Rechtsgewährung streng zu prüfen. Das Gewissen wird im Grundgesetz vorausgesetzt und nicht definiert. Als gewissenngemäße Betätigung nach außen gerichtet, ist sie klar und wird im Falle der Kriegsdienstverweigerung/KDV grundgesetzlich geschützt. Bei der Militärsteuerweigerung/MSV liegt eine kumulative Kausalität vor. Die juristische Antwort auf die entgegenstehenden Rechte ist bis jetzt der Vorrang der Budgethoheit.

Das Widerstandsrecht wird unterschiedlich beurteilt: im Römer-Brief uneindeutig; Luther ist für die Niederschlagung der Bauernaufstände; Thomas Hobbes akzeptiert es für den Fall der Lebensgefahr; Kant lehnt es ab und postuliert den kategorischen Imperativ; für Hegel ist Gewissensfreiheit nicht vorbehaltlos; für Thoreau gilt der bewusste Gesetzesbruch.

Das Verhältnismäßigkeitsprinzip bindet das Gewissen.

Prof. Hochhuth erklärte, dass er kein Pazifist ist, dass er die Landesverteidigung für rechtens hält (jedoch nicht die aktuelle NATO-Strategie und die Auslandseinsätze der Bundeswehr). Mit Bundeswehr und anderen Armeen bleibe Europa unangreifbar und Deutschland bestimme Militärstrategien mit.

Arbeitsgruppe zu juristische Vertiefung mit **Prof. Dr. Martin Hochhuth**:

Hier liegt leider kein Bericht vor.

Arbeitsgruppe zu Glaubens-, Gewissensfreiheit und Steuerfragen:

Marie-Noelle von der Recke

Die Bibel wird sehr persönlich gelesen, kann aber nie individualistisch ausgelegt werden, denn es geht darin um Visionen für alle Menschen. So beansprucht auch das Gewissen nicht nur eine individuelle Erkenntnis, sondern etwas, was für die gesamte Gemeinschaft gelten sollte. Es ist persönlich, bleibt aber nicht individuell.

Es gibt keine biblische Belege dafür, dass Jesus Gewalt gerechtfertigt hätte, im Gegenteil: Jesus verneint konsequent Gewaltanwendung gegen Menschen als Problemlösung.

Arbeitsgruppe zu Kirche als Lobby für Steuerverweigerung?

Pfarrer Patrick Roger Schnabel, Wittstock-Ruppin / Potsdam

Da die Bundeswehr grundgesetzlich gesichert ist, führt sie zur Einschränkung individueller Freiheiten. MSV liege keine unmittelbare Betroffenheit zugrunde; dennoch gäbe es gute Gründe für die Abkopplung von Militärausgaben aus den Gesamtetat. Die Menschenwürde stehe an erster Stelle im GG; der Staat gewährleiste die Grundrechte und Sorge für deren Ausübung. Bei der MSV gebe es ähnlich der KDV eine Grundplausibilität. Die theologische Begründung stehe noch aus. Die Kirche müsse bei jeder Gewissensprüfung helfen, auch ohne MSV ausdrücklich zu wollen. Sie müsse auf Minderheiten reagieren; denn Mehrheit und Wahrheit seien nicht zwangsläufig identisch. Der notwendige kirchliche Diskurs befördere auch den öffentlichen Diskurs.

Den Netzwerk-Leuten empfiehlt er: professionelle Lobbyarbeit, offene Sprache, einleuchtende Sprachfiguren, den aussichtsreichsten Weg zu fordern, für innerkirchliche Verbreitung zu sorgen, gute theologische Begründung i.S.d. Grundplausibilität.



Zum Abschluss moderierte Dr. Herwig Unnerstall eine Podiumsdiskussion zum Thema **Zahlen für den Frieden? - Welche Aufgabe hat die Kirche?**

Teilnehmende: Prof. Hochhuth, Renke Brahms (Friedensbeauftragter des Rates der EKD und Schriftführer der Bremischen Evangelischen Kirche), und Martin Rambow (Pfr.i.R., Netzwerk Friedenssteuer, Weimar)



Der Studientag wurde 2012 auf Betreiben der *Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD* durchgeführt (KfF, s. S. 13).

Der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahms, mit dem das Netzwerk Friedenssteuer im April 2011 bereits ein Gespräch geführt hatte, stellte schließlich in Aussicht, im Arbeitsausschuss der Friedenskonferenz folgende Schritte zu bedenken:

1. Begleitung der MSV ähnlich der KDV
2. Beförderung des kirchlichen Diskurses
3. Prüfung des Konzeptes für ein Zivilsteuergesetz/ZStG.

In der Arbeitsgruppe hatte er bereits erklärt, dass die Kirche das Thema ernst nehme, dass es keine Diskriminierung der Betroffenen geben dürfe, dass der Diskurs in kirchenleitenden Gremien geführt werden müsse, dass das Zivilsteuergesetz kein Problem für die Kirchensteuer darstelle. Vor der Unterstützung eines Zivilsteuergesetzes bedürfe es jedoch noch der ausführlichen Folgenabschätzung für die Demokratie und Steuerfragen. Dort skizzierten auch Teilnehmer von der Rummelsberger Diakonie ihre Bemühungen um das Recht der MSV in der bayrischen Landesynode; sie könnten das Modell für die Vernetzung auf dem innerkirchlichen Weg durch die Ebenen sein.

Steuerverweigerungsprozess in Düsseldorf

Am 21. März fand in Düsseldorf ein Steuerverweigerungs-Prozess statt: Ria Makein klagte gegen Finanzamt Kleve.

Es gab zwei Klagen: einmal aus 2011 und einmal aus 2012.

Der (Einzel-)Richter war nett und zuvorkommend. Nachdem er mit offensichtlicher Aufmerksamkeit der Klagebegründung zugehört hatte, brachte er Ria dazu, die Klage aus 2011 zurückzuziehen. Er hätte gerne gesehen, dass sie auch die aus 2012 zurückzog, aber Ria hielt diese aufrecht und der Richter ging nun in die Argumentation, warum er dem Klagebegehren nicht nachgeben könne. Selbst wenn er zustimmen würde, so würden die höheren Instanzen sein Urteil wieder aufheben. In langjähriger Rechtsprechung in allen Instanzen sei die Auslegung der Begriffe der Unbilligkeit und der persönlichen Härte in der Abgabenordnung festgelegt. Wenn wir daran etwas ändern wollten, müssten wir die Öffentlichkeit gewinnen und Gesetzesänderungen bewirken.

Wer Ria's überzeugende Begründung für ihre Klage, die sie im Gerichtssaal vorgetragen hat, lesen möchte, kann sie auf unserer Internetseite abrufen (www.friedenssteuer.de > Rechtswege > Prozesse. Zu ihrer Unterstützung waren folgende Friedenssteuerleute im Saal anwesend: Ute Antoch, Gisela und Martin Arnold, Teun Kremers, Gertrud Nehles und Katja Seidel.



Redaktion

Traum

Eine Frau betrat einen Laden. Hinter der Theke stand ein Engel. Die Frau fragte: „Was verkaufen Sie, mein Herr?“ Der Engel antwortete freundlich: „Alles, was Sie wollen.“ Die Frau begann aufzuzählen: „Dann hätte ich gerne das Ende aller Kriege in der Welt, bessere Bedingungen für Flüchtlinge und Randgruppen, eine sozial-ökologische Gesellschaft ohne Atomkonzerne, gute Arbeit für die Arbeitslosen, mehr Gemeinschaft und Liebe, und...und...“ Da fiel ihr der Engel ins Wort: „Entschuldigen Sie, gute Frau, Sie haben mich falsch verstanden: Wir verkaufen keine Früchte, sondern nur den Samen.“ Sie wachte auf mit der Einsicht: Also gut, der Glaube hilft, aber Gott braucht Bodenpersonal.

Noch mehr Kirche?

Ja, für diejenige LeserInnen die erfahren möchten, in welcher Struktur wir uns bewegen (müssen), um unser Thema in der Ev. Kirche weiter voranzubringen.

Wozu KfF ? (= Konferenz für Friedensfragen = EKD-Friedenskonferenz)

Die KfF wird 1x im Jahr zusammengerufen. Aus allen friedensrelevanten Arbeitsbereichen der EKD kommen benannte VertreterInnen zusammen, also außer aus allen 16 Mitgliedskirchen auch aus Organisationen wie Brot für die Welt/eed, Comenius-Institut, Akademien, Kirchentag, FEST (Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft), AGDF (AG Dienste für den Frieden) und EAK (Ev. AG für die Betreuung von Kriegsdienstverweigerern), die zusammen die Geschäftsführung haben; Missionswerke, ÖNiD (Ökum. Netz in D.), die EKD-Botschaft bei der EU in Brüssel und 'natürlich' die Militärseelsorge. Dazu kooptiert: Prof. Fernando Enns (Friedenstheologie), EKD-Medienpool (GEP) und justitia et pax (der offizielle katholische Partner im Konziliaren Prozess).

Zwischen diesen Teilnehmern werden Aufgaben und Erfahrungen in Friedensarbeit und Projekten ausgetauscht, neuere Entwicklungen vorgestellt (z.B. Bundeswehr in den Schulen) und ggf. gefördert (z.B. Friedensfachdienste / Gewaltfreie Konfliktbearbeitung). Hierzu werden Wege der Verbesserung vorgeschlagen. Beispiel: Friedensfachkräfte - Wie kann die Erfahrung der zurückgekehrten Fachkräfte im Binnenland besser genutzt werden?

Den Vorsitz der Konferenz hat der Ratsbeauftragte für Friedensfragen in der EKD, Renke Brahm (s. S. 12). Für die zwischen den Jahrestreffen zu erledigenden Aufgaben wurde ein Arbeitsausschuss gewählt. Die Konferenz berät den Rat und die Synode der EKD in Friedensfragen und gibt Anstöße für gezielteres gesellschaftspolitisches Engagement.

Die Themen, die in der Konferenz behandelt werden und ggf. zu Beschlüssen führen, sind sehr oft die gleichen, die auch die Basisgruppen und die Ökumenischen Netze bearbeiten und vertreten:

- die 'Aufschrei-Kampagne' (Stopp der Rüstungsexporte und -Produktion, für Rüstungskonversion)
- die ÖRK-Kampagne für einen restriktiven Waffenhandelsvertrag (ATT) und für eine atomwaffenfreie Welt (ICAN). Was können Kirchen gegenüber Staaten erreichen, die Fortschritte auf

diesen Gebieten bisher verhindern? Dies sind ja die sog. christlichen Staaten in der Nato! Man kann sich vorstellen, wie schwierig es ist, diese Themen voranzubringen mit Gesprächspartnern, die selber immer wieder zeigen (und verdrängen), wie sehr sie noch Staatskirchenvertreter sind.

- Austausch und Vernetzung der Landeskirchen, die sich auf diesen Gebieten engagieren.
- Bündelung des kirchlichen Engagements gegen 'Gruppen-bezogene Menschenfeindlichkeit' in der neugegründeten Bundes-AG 'Kirche & Rechtsextremismus' (z.B. bei den Aktivitäten um den 13. Februar in Dresden und angesichts der Mordserie der NSU-Terrorzelle). Insgesamt also: beständige Weiterarbeit an Friedensthemen, die oft jedes Jahr wieder auf der Agenda stehen, so wie die Dekade 'Gewalt überwinden', der Konziliare Prozesses und eben auch unser Friedenssteuer-Thema. Hier wird es dann oft sehr konkret – hoffentlich nun auch für die Friedenssteuer. **Aber nicht, ohne dass wir selber dranbleiben beim Arbeitsausschuss!**

Ich habe unser Thema schon auf der KfF 2011 eingebracht. Sie beschloss damals, es auf die Tagesordnung für 2012 zu nehmen. Dort gab dann Ullrich Hahn (Versöhnungsbund) einen sehr wirkungsvollen Einstieg. Dieser Text ist in FN47 (S.14-15) erschienen. Da die KfF sich 2012 an diesem Thema nicht zerstreiten wollte, wurde beschlossen, dazu einen Studientag durchzuführen, der dann im Anschluss an die KfF 2013 in Hofgeismar stattfand. (Seiten 1 und 9-12). Damit ist dieses Thema in der KfF hoffentlich noch nicht beendet. Schließlich wollen wir in der KfF 2014 – die pikanterweise in der Militärakademie der Bundeswehr in Dresden stattfinden wird!!- eine Vorlage für den Rat und die Synode der EKD beschließen!

Nach dem EKD-Kongress „Kirche der Freiheit“ (2009) wurde nun für 2013 ein Kongress „Gerechter Frieden“ angestoßen, 13.–15. 06. 13 in der Ev. Akademie Berlin (Gendarmenmarkt), in dem die Konkretisierung des 'gerechten Friedens' im Raum der EKD zusammen mit ökumenischen Gästen herausgearbeitet und präzisiert werden soll.

Fazit: Es lohnt sich, in die Arbeit der KfF Kraft und Zeit zu investieren und über die Vertreter in der KfF Anfragen, Impulse und Erwartungen in die EKD einzubringen! Ich bin für das Ökumenische Netz in Deutschland in dieses Gremium berufen worden, mit Sitz und Stimme. Das Netzwerk Friedenssteuer wiederum ist Mitglied im ÖNiD. So sieht ein Baustein unserer Vernetzungsarbeit aus.

Michael Held

14. Internationale Konferenz der Kriegssteuerweigerer und Friedenssteuerkampagnen - Abenteuer Kolumbien



Kaffee und Orchideen, Kokain und Guerilla – das sind gängige Vorstellungen über dieses Land im Nordwesten Südamerikas. In der Tat, es gibt große Probleme: Landraub durch Konzernen, Landvertreibung durch Großgrundbesitzer, Morde durch Paramilitärs, Soldaten und Guerilla. Mit Streitkräften, die in den letzten 15 Jahren zahlenmäßig verdoppelt wurden, zählt das Land zu den schwerst bewaffneten der Erde.

Die Woche vom 4. bis 8. 2013 fand die Konferenz in Bogotá statt mit einem zusätzlichen Ausflugstag am 9. Februar.

Die Casa Kolping (Tagungshaus) war mit Teilnehmern aus insgesamt 7 Nationen sowie KolumbianerInnen aus Bogotá und teils weit entfernten Städten voller Leben. Die GastgeberInnen Milena Romero und Julian Ovalle von der Organisation zur Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern/ACOOOC, führten ins Programm ein und organisierten die Abläufe. Sie hatten gemeinsam mit Naomi Greenberg und Dan Jenkins aus USA die Konferenz vorbereitet.

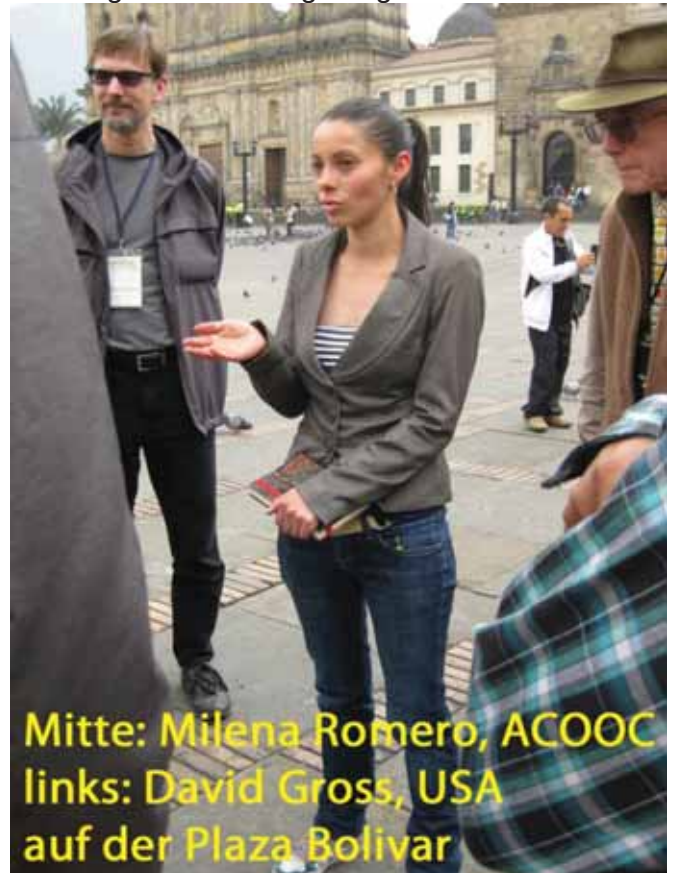


Das Thema 'Gewissen' und 'Gewissenskonformes Handeln' durchzog die gesamte Tagung. Die kolumbianische Situation mit illegalen, gewaltsamen Rekrutierungen junger Männer und die de facto Unmöglichkeit zu verweigern – außer durch Zahlung einer relativ hohen Ersatzsteuer ans Militär (eine viel direktere Militärsteuer als bei uns) - kam dabei immer wieder ins Gespräch.

An den folgenden beiden Tagen ging es um eine Gesetzesvorlage, die Gewissensfreiheit garantieren soll und bereits das Abgeordnetenhaus positiv passiert ist (!), aber noch nicht den Senat. Ziel von ACOOC ist es außerdem, die Zah-

lung der Militärdienst-Ersatzsteuer als Voraussetzung für die Zulassung zum Studium und für eine Anstellung in Behörden und vielen Betrieben zu beenden. Die Oberschicht des Landes stellt sich wegen ihrer Verbindungen zum Militär und einer konservativen Grundhaltung leider gegen diese Pläne.

Am Mittwoch teilte sich die Teilnehmer-schar von ca. 30 Leuten in drei Gruppen ein und besuchte politische Funktions- oder Mandatsträger wie den Beauftragten für die Förderung der Menschenrechte in Zivilgesellschaft und Militär; den Ombudsmann (in Verbindung zum UN-Kommissariat für Menschenrechte); die Präsidentin der linken Partei Polo Democrático und einen Senatsabgeordneten der Green Party. Mit den teils sehr offenen Gesprächen sollte die Sache der Kriegsdienstverweigerer und das Übel der illegalen Rekrutierungen bewusst gemacht und der Gesetzesvorschlag für eine wirksame Regelung für Kriegsdienstverweigerung unterstützt werden.



**Mitte: Milena Romero, ACOOC
links: David Gross, USA
auf der Plaza Bolivar**

Der Donnerstag widmete sich der Auswertung der Gespräche und der aktuellen Situation Kolumbiens bei den Friedensverhandlungen mit der Guerillagruppe FARC. Dabei wurde klar, dass die Entwaffnung einer Guerillagruppe nicht ausreicht, solange die vielen tausend Vertriebenen nicht

wieder zurück in ihre Dörfer können und das ihnen versprochene Land nicht erhalten. Es folgten Berichte über die rechtliche Situation in verschiedenen Ländern, insbesondere in USA.

Einer der Referenten war Ricardo Esquivia, CPTI-Mitglied und von 2004-2006 in dessen Vorstand, der einige sehr lebendige Geschichten im Zusammenhang mit Gewalt und Gewaltverzicht erzählte.

Am Freitagnachmittag kamen die Länderberichte dran. So berichtete Øystein Øygaard aus Norwegen von einem erst kürzlich gegründeten Spendenfonds für Friedensarbeit. Andere bemühen sich weiter, wie auch wir, um mehr Öffentlichkeit und Unterstützung für einen legalen Weg zu einer militärfreien Steuerzahlung.



Carlos Gaviria

Letztes Thema: Wo und wann soll die nächste Konferenz stattfinden? Da niemand eine Einladung aussprach, wurden Genf, Spanien, Nairobi und andere eher exotische Orte vorgeschlagen. Bis zum 9.04.13 soll darüber durch eine kleine internationale Kommission entschieden werden.

Freitagabend war dann der bunte Abend im Haus von ACOOC mit einer kleinen Musikergruppe, Tanz unter dem Vordach nahe am Regen, Drinks wie gutem Bier und Wein und, wer's wollte, Tequila. Im nächtlichen Regen ging es spät zurück in die Casa Kolping.

Letzter Tag, Samstag: die meisten TeilnehmerInnen nahmen an einem Busausflug etwa 50 km nach Norden zu einem Kratersee teil, der mit seinem Hochwald in einem Nationalpark liegt. Herrlich die Ausblicke, die Blumen des immergrünen Hochlandes, interessant auch die Mythen rundum der See.

Einen gut lesbaren Bericht der Konferenz hat David Gross (Teilnehmer und Referent aus USA), auf seiner Website veröffentlicht:

<http://sniggle.net/Experiment/index5.php?>

Ergebnisse dieser Konferenz

In Bezug auf Kolumbien:

Die jungen Aktiven von ACOOC formulierten einen Brief an den Präsidenten Juan Manuel San-

tos, den alle Teilnehmenden der Konferenz unterschrieben. Darin wird gefordert:

- die illegalen Rekrutierungen ('Batidas' genannt; ca. 40 bekannte und registrierte Fälle in den letzten Monaten) zu untersuchen und die festgehaltenen jungen Männer freizulassen
- für ein Ende dieser Praxis zu sorgen
- für eine Alternative in Form eines Zivildienstes zu sorgen
- den Militärdienst oder die Zahlung einer Militärdienst-Ersatzsteuer als Voraussetzung für Studium und Arbeitsstelle auszusetzen (Recht auf Studium und Arbeit ohne eine militärische Identitätskarte).

Ein ähnlicher Brief soll von unserem Netzwerk-Vorstand, nach Rücksprache mit dem ACOOC-Büro in Bogotá an die kolumbianische Botschaft in Berlin geschrieben werden.

In Bezug auf Deutschland:

Da wir mit unserer Forderung nach Steuergerechtigkeit aufgrund von Art.4 GG den Rechtsweg in Deutschland ausgeschöpft haben und im Moment auch kein gutes Ergebnis bei dem Europäischen Gerichtshof für die Menschenrechte erwarten können, bliebe uns nur noch der Weg vor die UN-Menschenrechtskommission (UN Human Rights Council). Den letzten Länderreport gab die deutsche Delegation im Januar 2013 ab, Ende April wird die Anhörung sein. Es ist zu erwarten, dass die nächste Behandlung der Menschenrechtssituation in Deutschland in vier Jahren (also 2017) sein wird. Allerdings wird eine Eingabe beim UNHCR keine besondere Aufmerksamkeit erregen, wenn sie nur von einer kleinen Gruppe wie unserem Netzwerk unterstützt wird – da bliebe uns also noch erhebliche Vorarbeit zu tun!

CPTI

Am Freitagvormittag fand während der Konferenz in Bogotá die CPTI-Generalversammlung mit insgesamt 19 Stimmen statt. Aus Japan, Kanada und



Dirk und Emilia Panhuis, Carlos, Roy Prockter, Shyle Kinkhead

der Schweiz kamen Stimmenübertragungen. Es gab ein Grußwort von David Basset (CPTI-Mitgründer aus USA), der nicht kommen konnte. Unter der Moderation von Jens Braun (USA) wurde in mühsamer Diskussion der Umzug des CPTI-

Sitzes von Leuven/Belgien nach Großbritannien beschlossen. Roy Prockter, der jetzt bereits Kassenwart von CPTI ist, wird mit Unterstützung durch Gayle Kinhead und Conscience UK die Neugründung in Großbritannien so rasch als möglich durchführen.



Danach kann Dirk Panhuis den in Belgien registrierten Verein CPTI bis zum 30.06.13 auflösen. Ein Grund für die schleppende Verhandlung war die Sorge gewesen, dass CPTI durch den Umzug nach England seinen Beraterstatus bei den UN verlieren könnte; doch mit Hilfe der Quäkerfreunde in Brüssel und Genf glaubt man, den Status aufrecht erhalten zu können. Die Diskussion über den Umzug kostete dermaßen viel Zeit, dass für eine Vorstands-Neuwahl, die normalerweise bei den Internationalen Konferenzen stattfindet, keine mehr übrig war. Auch war sie nicht vorbereitet gewesen, so dass die jetzigen VorständlerInnen noch eine Periode weitermachen müssen.



Nachdem Robin Brooks sich aus Gesundheitsgründen zurückgezogen hat, Pedro Otaduy (E) gestorben ist, Dirk Panhuis aus Altersgründen per 1. Juni 2013 ausscheidet und von Angelo Gandolfi (I) wenig gehört wird, gibt es im Moment nur fünf Aktive Vorstandsmitglieder: Milena Romero (KOL), Roy Prockter (GB), Naomi Paz Greenberg und Dan Jenkins (USA) und Dietmar Czerny (D). Wir versprechen uns nach dem Umzug aber wieder Aufwind.

Mit viel Freude habe ich die Widmung von Hannelore Morgenstern an Dirk Panhuis als scheidenden CPTI-Sekretär – er bekleidete diese Funktion 19 Jahre!!) - dem Plenum vorgelesen und das von Friedrich Heilmann erstellte Fotobuch überreicht. Man vereine das Nützliche mit dem Angenehmen.

Am Samstag vor der Konferenz verschafften sich einigen von uns einen Überblick vom Berg Monserrat über Bogotá: eine lebendige, expandierende Stadt auf 2600m Seehöhe mit über 10 Mio. Einwohnern. Für mich schloss sich an die Konferenz eine zweiwöchige Zeit in Medellín an. Ich besuchte einen Freund, der zunächst in einer abgelegenen Gegend Dorf- und Gemeinschaftsaufbau, später dann Slumentwicklung in Medellín gemacht hatte.



Beide Male musste er wegen Übergriffen von vor allem Paramilitärs sein Engagement beenden. Nun arbeitet er in einem Projekt, das körperlich behinderte Erwachsene fördert. Hier wäre noch viel zu erzählen über sein Projekt, die Menschen, die Stadt ... - doch das würde den Rahmen dieser Friedenssteuer Nachrichten sprengen.

Wolfgang Steuer



Eine Anregung aus der norwegischen Friedensbewegung

Ein FN-Leser in Norwegen, Heiner Glitsch, schickte uns einen Artikel von der Journalistin Barbara Gentikow, aus Kronikk in 'Klassekampen' vom 29.12.2012, den er aus dem Norwegischen übersetzt hat.

Das Militär ist der größte Klimasünder

Die Weltklimalage ist in Wirklichkeit noch schlimmer als die Bilanzen in Doha verriet: denn der größte, für sich stehende Verschmutzer, der globale militär-industrielle Komplex, wurde gar nicht aufgeführt. Dokumentation der vom ihm verursachten CO²-Emissionen ist nicht öffentlich zugänglich. Kritiker in den USA, wie Earth First! u.a., haben sehr hohe Umweltkosten errechnet, für die die US-Army verantwortlich ist. Dazu kommen dann noch die Kosten des sonstigen Militärs weltweit.

Auch ohne Kriegseinsätze verbraucht das Militär horrenden Mengen an Treibstoff für Fahr- und Flugzeuge und Schiffe. Das Kampfflugzeug F-16 z.B. verbraucht in einer Stunde so viel Benzin, wie ein Autofahrer in den USA in drei Jahren. Alle Waffenstützpunkte verbrauchen im Alltagsbetrieb große Mengen verschmutzender Energie. Ökologie wird hier nicht berücksichtigt. Die einzige Bremse ist der Geldmangel – das zeigt sich z.B., wenn Kriegsschiffe vor Hakonsvern bei Bergen längere Zeit still liegen.

Aber am meisten verschmutzend ist Krieg 'out of area': Transporte über lange Distanzen von Menschen, Kriegs- und Versorgungsmaterial, z.B. nach Afghanistan. In der warmen Zeit braucht alles zusätzlich noch Kühlung. Man hat ausgerechnet, dass die ersten drei Wochen Irak-Einsatz im März 2003 genau so viel Energie kosteten wie die Alliierten im ganzen Ersten Weltkrieg, also in vier Jahren, verbrauchten.

Es ist unbekannt, wie hoch die CO²-Emissionen sind, wenn eine Bombe explodiert. Norwegen hat 600 Bomben über Libyen abgeworfen, deren Treffgenauigkeit von der NATO gerühmt wurde. Nachher wurde zwar gefragt, wie viele Zivilisten dabei trotzdem umgekommen sind, aber nicht, wie viel Umweltzerstörung dabei verursacht worden war.

Wald und Pflanzen sind wichtige Ressourcen um CO² zu absorbieren und neutralisieren; doch gibt es Beispiele von bewusster Waldzerstörung im Krieg. Der Bekannteste ist die Verwendung von Agent Orange durch US-Militär im Vietnamkrieg. Irakische Flüchtlinge berichten das in Bagdad, einstmals wie eine Oase angelegt mit Palmen und Fruchtbäumen innerhalb und im Umkreis der Stadt, sich jetzt die Wüste direkt in die Stadt hinein frisst. Große Teile der Grünzonen

wurden „aus Sicherheitsgründen“ vom Militär zerstört.

Auch indirekt schadet Krieg die Umwelt. Unter www.costofwar.org nachlesen, dass das gesamte Waldgebiet in Afghanistan von 1990 bis 2007 um 38% geschrumpft ist. Der Grund: der Krieg hat viele Dörfer von Strom- und Ölversorgung abgeschnitten, so dass die Menschen sich Holz geholt haben um heizen und kochen zu können.

Auch zwischenstaatliche Manöver verschlingen große Mengen Energie. Norwegen war bereits Gastgeber für große NATO-Manöver und wird es weiterhin sein – ohne jemals eine Klimabilanz dafür aufzustellen (genau so ist es schon jetzt beim Gefechtsübungszentrum in der deutschen Altmark – Red.). Kritiker in Norwegen fordern eine Wahrheitskommission um norwegische Klimapolitik unter die Lupe zu nehmen. Das wäre die richtige Stelle, auch eine Klimabilanz für das norwegische Militär einzubeziehen. Es bestehe aber keine Hoffnung, das die Politiker dies machen werden, weder das eine, noch das andere. Die Norweger werden nicht wissen, wie viel der Afghanistan-Krieg gekostet hat, auch nicht ohne Berücksichtigung der Klimakosten. Bekämen sie volle Einsicht in die Klimaschäden der letzten zehn Jahre, würden sie beim nächsten Mal NEIN sagen, wenn das Telefon klingelt. Und wenn alle verstünden, dass jedweder Krieg, wo auch immer geführt, auch ein Krieg ist gegen die Umwelt, würde der Kampf für den Umweltschutz zum Kampf für den Frieden und umgekehrt. Gerade die enormen Umweltzerstörungen durch Militär und Kriege geben der Umwelt- und Friedensbewegung neue, starke Argumente in die Hand. Die können wir nutzen, gemeinsam etwas zu erreichen.

Barbara Gentikow ist Vorstandsmitglied der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Abteilung Bergen, Norwegen

Wir unterstützen den Aufruf der Friedensbewegung:

Keine Kampfdrohnen!

Ihr Einsatz bedeutet:

- die Schwelle zu bewaffneten Aggressionen sinkt weiter,
- 'gezielte Tötung' von Menschen innerhalb und außerhalb von Kriegen – ohne Anklage, Verfahren und Urteil,
- die Bevölkerung betroffener Landstriche wird terrorisiert und an Leib und Leben gefährdet,
- die Entwicklung autonomer Killer-Roboter wird befördert und hätte noch schrecklichere Kriege zur Folge,
- eine neue Rüstungsspirale wird in Gang setzt.

Bericht von der Jahresversammlung in Weimar, 15.-17. März 2013

Zum 30. Gründungsgeburtstag unserer Friedenssteuer-Bewegung kamen mehrere Gäste; unter ihnen einige, die 1983 mit gegründet hatten.

So begannen wir am Freitagabend mit einem Foto-**Rückblick** auf 30 Jahre Einsatz für die Friedenssteuer. Durch die ersten 20 Jahre führte Initial-Zünder Günther Lott; durch die letzten 10 Friedrich Heilmann, der, zusammen mit Sepp Rottmayr, die Vereinsgründung 2003 initiativ auf dem Gewissen hat. Anschließend berichtete Wolfgang Steuer über ein Stück **Gegenwart**: die Internationale Konferenz in Kolumbien. Auch er tat es anhand vieler Fotos.

Am Samstag hörten wir von Martin Arnold (Mit-Gründer der Friedenssteuer-Bewegung), ob und wie dessen Doktorarbeit 'Gütekraft' unserer Arbeit für die **Zukunft** einen neuen Impuls geben könnte.

Vortrag 'Gütekraft'

Dr. Martin Arnold hat drei Konzepte der gewaltfreien Aktion analysiert: das hinduistische von Mohandas K. Gandhi (Indien), das atheistische von Bart de Ligt (Niederlande) und das christliche von Hildegard Goss-Mayr (Österreich). Er führt diese zusammen in einem Konzept der Gewaltfreiheit, das sich gegenüber Kulturen und Religionen neutral verhält und somit für alle Menschen akzeptabel und brauchbar ist.

Was ist 'Gütekraft'?

Die Beschreibung dieses Begriffes, der eine Übersetzung von Gandhis 'Satjagra' sein will, könnte lauten: Kraft, die aus Wahrheit und Liebe geboren wird, oder auch: Festhalten an Gerechtigkeit, oder: Lernweg des Friedens. Alle drei Umschreibungen (keine scharfe Definitionen) sind in 'Gütekraft' enthalten.

Gütekraft ist in jedem Menschen angelegt (Bibel: Nächstenliebe, sogar Feindesliebe; Koran: Entfeindungsliebe; Quäker: Jedem Menschen wohnt ein göttlicher Funke inne). Wenn wir viele Menschen zum Abbauen von Missständen bewegen wollen, müssen wir sie auf diese Potenz hin ansprechen. Wenn das im kleinen Kreis klappt, und der verbreitet es weiter, wirkt Gütekraft ansteckend. Es ist das stärker werdende Wissen darum, mit vielen auf einem guten Weg zu sein. Das löst die Angst auf, als Kritiker bestehender Missstände allein – also: gefährdet zu sein „Wir haben keine Angst“ war der Satz, der auf dem Tahrirplatz in Tunesien und Ägypten oft zu hören war und ist. Trotzdem gehört dazu auch die Bereitschaft, Schläge und Schlimmeres einzustecken.

Gütekraft allein reicht nicht - damit sie zum Zuge kommt, braucht es eine gute Vorbereitung, die viel Zeit fragt. In Ägypten wurde die Revolution von 2011 seit 2008 vorbereitet. Und was genau so wichtig ist: Damit nach Abstellung des Missstandes nicht wieder die Reaktion Überhand gewinnt, braucht es Konzepte für eine bessere Zukunft. Birgit Berg (Autorin) nennt das: „Die überzeugendste Form des NEIN zum Unzumutbaren ist das JA zu den reiferen Möglichkeiten.“ Diese reiferen Möglichkeiten sollen, von Gütekraft geleitet, rechtzeitig vor der Massenaktion formuliert und auf praktische Umsetzbarkeit durchdacht sein.

Wie können wir mit diesem Gütekraft-Konzept künftig unser Friedenssteuer-Thema weiterbringen? Martin Arnold schlug als Orientierungshilfe folgendes Modell vor:

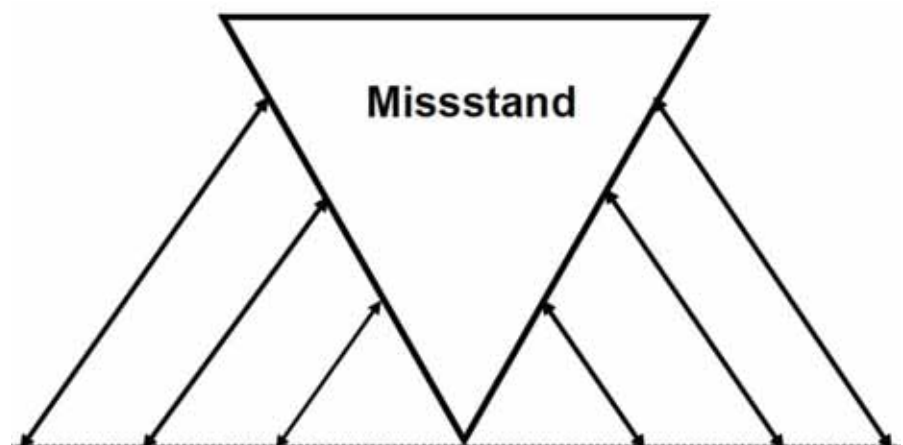
- Welchen Missstand wollen wir beseitigen?

Für uns steht zentral: Ein ungerechtes Steuersystem, das unserer Gewissensfreiheit im Wege steht.

- Welche sind die Stützen dieses Missstandes?

Politiker, Finanzministerium, Richter, Bundeswehr, Kirchen, Medien u.a.

- Welche reiferen Möglichkeiten bieten wir an für die Zeit nach dem Kippen des Missstandes?



Da liegt unsere Stärke: Ein Zivilsteuergesetz, das juristisch einwandfrei vorformuliert ist. Im Januar d.J. bestätigte Dr. Hochhuth, Professor für Öffentliches Recht an der Uni Freiburg, die Unbedenklichkeit für die Umsetzung dieses Gesetzes.

- Wie bringen wir nun die Pyramide zum Kippen? Immer wenn es spannend wird, müssen wir auf die nächste Konferenz, das nächste Treffen, und hier: das nächste Heft verweisen. Wir werden mit Martin Arnold an der Beantwortung dieser Frage arbeiten.

Es folgten Diskussionen über Dauerproblempunkte:

Neue Leitlinien (Motivation, Vision, Ziele, Aufgaben, Mittel, Praxis)

Wie gewinnen wir **mehr Aktive**?

Wie gewinnen wir Partner-Organisationen aus der Kooperation für den Frieden?

Wie steht es um unsere **Finanzamts-Kampagne**? (s. Seiten 4-8).

Wie gestalten wir unseren Stand auf dem diesjährigen **Kirchentag in Hamburg**?

Wichtig: Gehen wir hier auf eine enge Kooperation mit dem Zivilen Friedensdienst ein?

Von der Antwort auf diese Frage hängt die weitere Gestaltung ab.

Auf jeden Fall werden Sie unseren Stand B25 finden in Halle 3, Marktbereich 6

(Tor 4 > 2. Gang > gleich rechts).



Verabschiedung

Nachdem die Tagesordnung abgehakt war, hatten wir noch einen zusätzlichen Punkt: die Verabschiedung von Friedrich Heilmann aus dem Vorstand. Offiziell nicht möglich vor Entlastung des Vorstands, die erst am Sonntag stattfand; aber Erfahrungswerte von 10 Jahren ließen eine Nicht-Entlastung äußerst unwahrscheinlich erscheinen, da unsere Geschäftsführerin, Katharina Rottmayr, sich einfach weigert, Fehler zu machen. Und da sonntags nie Zeit für eine Feier ist, zogen wir sie vor. Es wurde gesungen, vorgetragen, bisschen ‚laudatio‘, viel gelacht und umarmt. Und angestoßen. Schön: Friedrich Heilmann wird viele Aufgaben weiterhin ausführen!

Mitgliederversammlung

Am Sonntag erfolgte einstimmig die Entlastung des Vorstandes, nach Verlesung des Prüfberichtes durch Lina Hoffmann. Allen drei Vorstandsmitgliedern wurden sehr herzlich für ihren langjährigen Einsatz bedankt.

Die Wahl des neuen Vorstands ging ebenfalls ganz glatt über die Bühne: einstimmig wurden Hannelore Morgenstern-Przygoda (seit 2003 im Vorstand) und Katharina Rottmayr (seit 2006 im Vorstand) wiedergewählt und Dr. Wolfgang Steuer aus Trossingen als Nachfolger von Friedrich Heilmann neugewählt. Er übernahm auch den Vorsitz.

Nun wurde der Haushaltsplan für 2013 besprochen und beschlossen, wieder einstimmig. Die finanzielle Lage ist solide – wir könnten mehr Aktionen führen oder Öffentlichkeitsarbeit machen.

Was fehlt sind die dazu nötigen zusätzlichen Aktiven. Allerdings hatten wir eine erste jüngere Aktive dabei: Susann Adelman, Juristin, aktiv in der AG Rechtswege. Herzlich Willkommen! Sie nahm unsere Bedenken, uns bei Facebook zu präsentieren, weg. Nicht, dass es keine Nachteile gäbe, aber sie kennt sich da aus und berät uns. So könnten wir andere junge InteressentInnen erreichen. Na bitte!

Ende einer für die 28 Teilnehmenden interessanten und schönen Tagung.



Gertie Brammer

Geschäftsstelle: Netzwerk Friedenssteuer, Krennerweg 12, 81479 München, Tel: 089-7259416

Stand 26. 03. 2013

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Tel	email
AG Lobbyarbeit	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Öffentlichkeit & Materialversand	Friedrich	Heilmann	Seestr. 21	15537	Erkner	T 03362-503071 F 03362-27491	heilmann@friedenssteuer.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Rechtswege	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283	post@ullaklotz.de
AG Steuern zu Pflugscharen Region Ost	Gerlinde und Martin	Rambow	Wilhelm-Bode-Str. 30	99425	Weimar	T 03643-741687 F 03643-741688	rambow-weimar@web.de
Internationales/CPTI	Dietmar	Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	d.czerny@gmx.de
Vernetzung	Michael	Held	Simon-Haune-Str. 15	36251	Bad Hersfeld	T 06621-620186 F 06621-65645	a-p-s@gmx.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	T 030-4251860	gisela-lmk@web.de
Region Berlin	Eise	Tonke	Stavanger Str. 5	10439	Berlin	T 030-4444379 F 030-44339133	elsetonke@gmx.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo	von Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	T 0511-801696 F 0511-5194881	dedo.krosigk@web.de
Region Nord	Gudrun	Rehmann	Brahmsstrasse 11	32756	Detmold	T 05231-31231	Telefon 12.30 bis 13.00 Uhr
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Krelingstr. 10	90408	Nürnberg	T 0911-353237 F 0911-269851	b.janus@mnet-mail.de
Region Nürnberg	Lina	Hoffmann	Olivengeweg 36	90441	Nürnberg	T 0911-662993	lina-helmut.hoffmann@t-online.de
Region Südwest	Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	T 07221-38194 F 07221-38191	mardukbuscher@t-online.de
Region Südwest	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
Region West	Ute und Dr. Robert	Antoch	Alte Landstr. 32	40489	Düsseldorf	T 0211-403986 F 0211-404723	uantoch@gmx.de rantoch@gmx.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stellv. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern-Przygoda	Jesuitengasse 39a	50735	Köln	T 0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.: KontoNr. 7001601600, GLS Gemeinschaftsbank e.G.,

BLZ 43060967. Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden in der Regel am Anfang des nächsten Jahres verschickt. Die Friedenssteuer Nachrichten erscheinen 2x im Jahr und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Sperrkonto RA Kierig & Becker: Konto 804 309 31 00,
GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67